



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

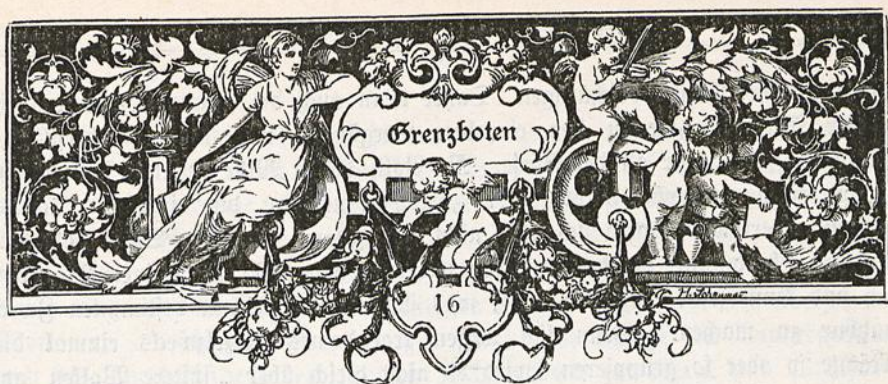
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Prolegomena zu aller deutschen Weltpolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Prolegomena zu aller deutschen Weltpolitik

1.



Bei der auswärtigen Politik haben wir zu unterscheiden zwischen den einzelnen Entschlüssen und Handlungen, die nur für bestimmte Sonderzwecke gedacht sind, und der großen allgemeinen Richtung der Politik, die in dem Gesamtwillen des Volkes oder in dem überragenden Willen eines leitenden Staatsmannes ihre Bewegungsursache hat. Wie in einem Strom die vom Wind gestreiften Wellen zuweilen rückwärts zu fluten scheinen und sich doch vorwärts bewegen, so scheint oft der Kleinbetrieb der Politik der Gesamtrichtung zu widerstreben. Dadurch entsteht in der Öffentlichkeit manche Verwirrung; denn wer nicht selbst in den Geschäften steht, kann den Sinn und die Tragweite einzelner Handlungen nicht ermessen und gerät da außer sich, wo der Kundige gelassen bleibt. Eben dieser Unterschied gibt auch die Grenzen an für jede ernsthafte Beschäftigung des Nichtstaatsmannes mit auswärtiger Politik: den Tagesbetrieb, der oft von geringfügigen Bewegungen innerhalb des Gesamtspiels abhängig ist, kann er nicht durchschauen, dazu hilft ihm auch nicht die beste Kenntnis der fremden Länder. Besser kann er den Gang der Politik im ganzen, zumal wenn sie zugegebenermaßen an entscheidenden Punkten angelangt ist, auf Grund seiner Kenntnisse beurteilen. Und vor allem steht ihm die Aufgabe zur Bearbeitung frei: die Wichtigkeit und Möglichkeit der letzten politischen Ziele zu erwägen, gegebenenfalls: solche Ziele zu setzen.

Die Erörterungen über unsere auswärtige Politik leiden nur zu oft daran, daß sie sich sehr viel mit den täglichen Ereignissen und wenig mit der Grund-

richtung dieser Politik beschäftigen. Daher denn auch die bekannte Zerfahrenheit in der Stellungnahme zu den einzelnen Vorgängen und manche überflüssige Nervosität, nicht nur an der Börse. Ein Volk, dessen Wille in einer bestimmten Hauptrichtung vorwärtstreibt, wird zwar aufmerksam die einzelnen Tagesereignisse verfolgen, wird sich aber nicht von jedem plötzlichen Wind bald auf die eine, bald auf die andere Seite werfen lassen. Es hat seinen Weg vor sich und kennt seine Aufgabe: alles, was sich ereignet, einem bestimmten Zweck nutzbar zu machen. Wenn sich wegen irgendeines Einzelzwecks einmal die Mächte so oder so gruppieren, wird es nicht gleich über „finstere Wolken am politischen Himmel“ erschrecken, sondern gewiß sein, daß der Zwang der nicht allzu plötzlich sich verändernden Kräfteverhältnisse und der politischen Hauptstrebungen, die durch die Lebenswerte der Völker ein für allemal gegeben sind, stetig wirkt und im entscheidenden Augenblick die Grundform in dem Kaleidoskop wieder zur Geltung bringen muß. Das Netz der englischen Einkreisungspolitik mußte zerreißen, denn ihr Grundgedanke war aus Tagesfurcht und Tageshoffnung geboren, sie entsprach dem Wellengekräusel, nicht dem Strom.

Die bestimmenden Kräfte sowie die erstrebenswerten und möglichen Ziele unserer auswärtigen Politik anschaulich herauszuarbeiten, das kann nicht nur — an Stelle einer dilettantischen Kritik der Tagesgeschichte —, sondern muß eine Aufgabe der öffentlichen Meinung sein, denn nur dadurch entsteht ein klarer politischer Gesamtwille, ohne den seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts auch der größte Staatsmann nicht mehr entscheidend Geschichte machen kann.

Die Möglichkeiten, die unserer Politik gegeben sind, und damit auch ihre möglichen Ziele, lassen sich nicht aus der Tagesgeschichte herauslesen, dazu bedarf es grundsätzlicher Klärung der allgemeinen Fragen. Wir müssen wissen, für wen deutsche Auslandspolitik eigentlich gemacht wird; wir müssen uns vorstellen, was Deutschland durch Niederwerfung anderer Mächte überhaupt gewinnen könnte und was umgekehrt eine Niederwerfung Deutschlands für die anderen Mächte bedeuten würde. Wer diese Fragen durchdacht hat, wird zugleich ein umgrenztes Bild von den Zwecken haben, die unsere Politik verfolgen kann, er wird gegen manche Phantasiebilder, die hin und wieder die Öffentlichkeit aufregen und gar erschrecken, kritischer werden. Sein Wille richtet sich auf bestimmte mögliche Ziele, statt bald gegen diesen, bald gegen jenen Staat zornig oder hoffnungsfroh zu schwanken.

Wenn wir nun versuchen, auf jene Fragen eine Antwort zu finden, so tun wir das nicht mit dem Anspruch, für bestimmte politische Ziele zu werben, vielmehr handelt es sich uns nur um die Klärung einiger grundsätzlicher Begriffe, also um die Voraussetzungen einer bewußten Staatskunst, nicht um eine Beurteilung des Inhalts unserer Politik. Mag der Staatsmann die hier erörterten Begriffe gebrauchen oder verwerfen, wichtig ist, daß er das eine oder andere mit klarer Einsicht tut.

2.

Keine Frage scheint leichter beantwortet als die, für wen eigentlich deutsche Weltpolitik gemacht wird. Man sagt unwillkürlich: für das Deutsche Reich, denn das Auswärtige Amt ist ja eine Einrichtung dieses Reiches. Man braucht demgegenüber nur zu antworten: für das deutsche Volk, und alsbald stehen wir vor einer sehr verwickelten Hauptfrage unserer Politik. (Bereits im ersten Satz der Verfassung des Deutschen Reiches stehen die oft übersehenen Worte: „... schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes sowie zur Pflege und Wohlfahrt des deutschen Volkes.“ Also ausdrücklich: nicht zur Pflege und Wohlfahrt der Staatsangehörigen des Deutschen Reiches, sondern des deutschen Volkes schlechthin.) Das deutsche Volk deckt sich nicht mit der Staatsgrenze des Reiches. Millionen von Deutschen wohnen in Rußland, Österreich, Siebenbürgen, in der Schweiz, in den amerikanischen Erdteilen, kurz, über die ganze bewohnte Welt zerstreut. Das deutsche Volk hat mehrere Staaten mitbegründet und arbeitet an ihrer Erhaltung mit all der Hingebung, mit der ein Deutscher an der Erhaltung eines eigenen Wertes zu arbeiten pflegt. Was das Volk zu einer überstaatlichen Einheit zusammenhält, ist vor allem die deutsche Sprache und mit ihr die deutsche Kultur. Dazu das Bewußtsein des gemeinsamen Blutes und der gemeinsamen Vergangenheit. Was dem Staate „Deutsches Reich“ in dem gemeindeutschen Leben eine besondere Stellung verleiht, ist, daß er auf dem alten Mutterboden des Volkes entstanden und die verhältnismäßig reinste Ausprägung des sozialen und politischen deutschen Wesens (abgesehen vielleicht von den deutsch-schweizerischen Kantonen) geworden ist. Er ist schlechthin die „deutsche Heimat“. Indem wir die Augen auf diesen Zustand unseres Volkes heften, fragen wir: ist für unser Auswärtiges Amt das Deutsche Reich Selbstzweck oder soll dieses Reich dem ganzen deutschen Volk dienen? Es gab einst eine großdeutsche Frage, als es sich um die Reichsgründung handelte. Nun taucht im Weltgeschehen von neuem eine großdeutsche Frage auf: soll die Reichsangehörigkeit oder die Volksangehörigkeit zur Grundlage der deutschen Politik gemacht werden? Die nächsten Jahrzehnte müssen uns Entwicklungen bringen, in denen dieser heut noch wenig zur Geltung kommende Gegensatz uns vor die schwersten Entscheidungen stellen wird.

Man sucht nun im Ausland gelegentlich Vorurteile gegen das Deutsche Reich zu erwecken durch das Schreckbild eines „Rangermanismus“. Man denkt sich diesen Begriff als Grundlage einer imperialistischen Reichspolitik, als wolle das Reich möglichst alle Gebiete, die von Deutschen bewohnt werden, zu einem Imperium vereinigen. Ein solcher Irrtum ist, wo er nicht einfach bösen Absichten entspringt, nur aus der allzu großen Sehnsucht zu erklären, aus der man die deutschen Angelegenheiten im Ausland betrachtet. Die „Auslandsdeutschen“ sind so sehr in fremde Völker eingebettet, sie sind geschichtlich und persönlich so sehr an das Wohlergehen der anderen Staaten gebunden, sie sind auch gemäß

ihrer Volksart so gar wenig einem „zentralistischen“ Streben geneigt, daß ein Zusammenschweißen der zersprengten Stücke ein Ding der Unmöglichkeit wäre. Ein Imperialismus kann nur das Ziel einer deutschen Reichspolitik, niemals aber das Ziel einer deutschen Volkspolitik sein.

Aber welchen Sinn könnte dann eine großdeutsche Politik über oder neben der Staatspolitik haben?

Das zu verstehen, müssen wir uns die Lage der deutschen „Heimat“, des „Mutterlandes“ verdeutlichen.

3.

Nehmen wir an, die auswärtige deutsche Politik ginge wirklich, wie man ihr oft unterschiebt, auf Eroberungen aus. Wohin sie sich auch immer in der Welt wenden würde, sie stieße wenigstens auf drei entgegenstehende Mächte: Rußland, England und Frankreich — abgesehen von all den kleineren Staaten, die sich vor dem „Verschlungenwerden“ fürchten. Was bei einem Zusammenstoß mit diesen Mächten eintreten wird — wenn er je irgendwie erfolgt — kann niemand sagen. Wir können hier nur aus der großen Zahl der wirkenden Kräfte und der Tatsachen, die die Geschichte mitbestimmen, einige wenige herausgreifen und aus ihnen auf zukünftige Möglichkeiten schließen. Es sei ausdrücklich hervorgehoben, daß wir hier nicht Zukunftsbilder zeichnen, sondern nur mögliche Vorstellungsreihen gewinnen wollen, die uns zu einer Klärung bestimmter Begriffe helfen können.

Nach der allgemeinen Anschauung ist von jenen drei Mächten Frankreich am vollständigsten „besiegbar“. Durch seine Bündnispolitik gibt es das selbst zu. Setzen wir nun den Fall einer französischen Niederlage; was wäre damit für uns gewonnen? Der naive Eroberungsgedanke, ein Stück französischen Landes und Volkes „wegzunehmen“, ist heute unmöglich. Feindesland innerhalb der Staatsgrenzen ist schlimmer als außerhalb der Staatsgrenzen, es führt zu unendlichen Verwicklungen, Stockungen und Unsicherheiten, die auf das Staatsganze verhängnisvoll zurückwirken können. Zudem: ein großes, in einem Staatswesen kristallisiertes Kulturvolk läßt sich nicht aus der Geschichte auslöschen oder auch nur wesentlich verstümmeln. Das mußte selbst Napoleon bei dem staatlich so unzulänglich organisierten deutschen Volk erfahren. Es wäre nicht ratsam, an Frankreich den Versuch zu wiederholen, ob ein seiner selbst bewußtes Volk nicht gerade durch einen Angriff auf seine Daseinsbedingungen neue Kräfte gewinnt. Man sagt: wir könnten uns der französischen Siedelungsländer bemächtigen. Wir? Wie einst der preussische Sieg über Österreich Venetien italienisch machte, so wird ein deutscher Sieg über Frankreich zweifellos Tunis und vielleicht einen Teil Marokkos italienisch machen. Aber wenn Deutschland selbst sich irgendwo draußen festsetzen wollte, müßte es erst den englischen Widerstand brechen.

Aber an einen völligen „Sieg“ über England glaubt heute wohl kein Deutscher. Es wird allgemein zugestanden, daß unsere Flotte, soweit ihre Stärke

durch das Verhältnis zu England bestimmt wird, nur den Zweck der Verteidigung und der Vorbeugung haben kann: den verantwortlichen britischen Staatsmännern das Wagnis eines Krieges mit Deutschland möglichst schwierig zu machen und, wenn doch ein Angriff erfolgt, die völlige Behelosmachung Deutschlands zu verhindern. Selbst wenn die berühmte „Überrumpelung“ Englands für den Augenblick gelänge: solch ein Einzelerfolg würde schwerlich den Unterschied des Kräftegewichts und die Verschiedenartigkeit dieser Kräfte sowie die geographischen Verhältnisse dauernd unwirksam machen können. Ein deutscher Staatsmann wäre darum nicht in der Lage, die Verantwortung für einen „Eroberungskrieg“ gegen das britische Reich zu übernehmen.

Anders liegen die Möglichkeiten gegenüber Rußland. Freilich ist das russische Heer dem unsrigen ziffernmäßig überlegen und müssen wir auch damit rechnen, daß seine Beweglichkeit und Verwendbarkeit durch die Verbesserung der Verkehrsmittel sowie durch eine zunehmende Kultur des Landes sich steigern, seine Beschaffenheit sich bessern wird. Aber eine Schwäche Rußlands läßt sich mit Soldaten nicht beheben: der innere Aufbau des Reiches. Man darf die beiden Staatsgebilde Rußland und Österreich-Ungarn ihrer Art nach nicht einfach den westeuropäischen Großstaaten als einheitliche Machtgebilde gleichsetzen: sie sind nicht Volksstaaten, sondern Völkerstaaten. Was das bedeutet, zeigt sich in Österreich, entsprechend seiner vorgeschrittenen Kultur, am deutlichsten. Rußland ist noch nicht bis zu dem Grad der inneren Reibungen gelangt. Es sucht auch der drohenden Zersetzung durch angestrenzte „Russifizierung“ seiner Völker entgegenzuwirken. Doch, es ist mehr als fraglich, ob die versuchte Unterdrückung der Volksart bei Völkern von der Geschichte des polnischen und von der Kultur des finnischen Erfolg hat. Wird sich daneben das sehr starke ruthenische (kleinrussische) Volk seiner Sonderart gegenüber dem herrschenden großrussischen bewußt und folgen kleinere Völker dieser allgemeinen Entwicklung, so müssen durch den Ruf nach freier Selbstbestimmung im Gesamtstaat schwere Spannungen entstehen. Vermag schon das sehr dehnbare Gummi des österreichischen Staatsverbandes die auseinanderstrebenden Kräfte nur mühsam zusammenzuhalten, so wird das Eisen des russischen Verbandes dazu noch weniger imstande sein. Gewaltherrschaft erzeugt Haß, und die bedrängten Völker sehen schließlich in ihr den gemeinsamen, um jeden Preis zu vernichtenden Feind. Welchen Grund hat ein Volk, sich für einen feindlichen Staat einzusetzen? Käme in diese Verhältnisse ein deutscher Angriff mit der ausgesprochenen Absicht einer Befreiung und Verselbständigung der Völker Rußlands, so wäre ein Sieg möglich, zumal ein Echo in Ostasien kaum ausbleiben würde, und dieser Sieg würde wahrscheinlich für die künftige Geschichte eine der größten Kulturtaten sein, denn er würde viele schlummernde Entwicklungsmöglichkeiten frei machen.

Aber welchen Vorteil sollte das Deutsche Reich davon haben? Die Verhältnisse zwingen es, ein polnisches Reich zu schaffen, und damit stellte es sich vor die Entscheidung: entweder die polnischen Landesteile Preußens einem groß-

polnischen Staat anzugliedern, oder sich unabsehbaren Beunruhigungen und Kämpfen auszusetzen. An eine „Einverleibung“ größerer russischer Gebietsteile ist nicht zu denken, denn dadurch würde das Wesen des Deutschen Reiches als Nationalstaat nur gefährdet. Wir haben an einer Erbschaft aus der Zeit vor dem Entstehen des nationalen deutschen Gedankens, an dem polnischen Widerspruch in unserem Staat, der ja in jedem Sinn ein Widerspruch gegen sein Wesen ist, schon schwer genug zu tragen. Eine Verbindung freier Völker im Osten gegen Deutschland wäre eine viel gefährlichere Macht als die des russischen Staates. Wir haben keinen Grund, solche Entwicklungen ohne Not anzubahnen.

Aus diesen Erwägungen folgt, daß das Deutsche Reich keine Politik der unmittelbaren Landerobierung treiben kann. Eine solche Politik wäre auf die Dauer zur Unfruchtbarkeit verdammt. Dem entspricht auch die Grundstimmung des deutschen Volkes: so bereit es ist, einem Gewalteingriff in seine friedliche Daseinsentwicklung mit Einsetzung der vollen Kraft zu begegnen, so unlustig ist es zu gewaltsamen Eingriffen in die friedlichen Entwicklungen seiner Nachbarnvölker.

4.

Fragen wir nun: welche Möglichkeiten ergäbe ein Sieg der anderen Staaten über Deutschland? Möglichkeiten — nicht sichere Wirklichkeiten.

Für Frankreich — abgesehen von einigem kolonialen Zuwachs, den aber Großbritannien nicht beträchtlich werden lassen kann — allein die Rückerobierung Elsaß-Lothringens. Und mit dieser Eroberung die ununterbrochene Furcht, den Besitz zu hüten. Rußland brauchte nach einer Niederwerfung Deutschlands keinen Wert mehr auf das Bündnis mit Frankreich zu legen, vielmehr würde es eine gegenseitige Aufreibung der beiden Westmächte wünschen. Und da Deutschland immer noch dem auf sich selbst gestellten Frankreich überlegen bliebe, würde das Elsaß-Lothringische Standbild in Paris sich nicht allzulange der Schleierlosigkeit erfreuen.

Für Großbritannien ist das deutsche Festland im wesentlichen unangreifbar, es könnte höchstens dafür sorgen, daß ein paar preußische Landkreise an ein ihm vielleicht verbündetes Dänemark fallen. Es könnte freilich auch die paar deutschen Kolonien nehmen. Würde aber dieser Preis die ernsthafteste Gefährdung des britischen Weltreiches wert sein, wie sie unmittelbar durch eine Niederwerfung des Deutschen Reiches gegeben wäre? Woher auch immer ein Angriff auf Deutschland kommen mag: Deutschlands Niederlage würde letzten Endes immer auch ein russischer Sieg sein. Verweilen wir einen Augenblick bei dem Bild: Deutschland, einiger östlicher Landesteile beraubt, ein politischer Vasall Rußlands, und, was notwendig damit verbunden ist, Österreich-Ungarn teils in Rußland einverleibt (Galizien), teils völlig unter seinem Einfluß und jeder selbständigen Bewegung unfähig. Oder nehmen wir auch nur an, daß durch

eine politische Schwächung Deutschlands der Einfluß des Zaren bei uns maßgebend würde — was wären die Folgen für Westeuropa?

Frankreich ist heute in allen größeren Angelegenheiten der Weltpolitik von Rußland abhängig. Es horcht oft genug, ehe es handelt, auf die Meinungen der russischen Regierung, und wird es einmal durch den Zwang der Dinge in Gegensatz zu ihr gebracht, so muß es den Ausgleich dieses Gegensatzes unter Opfern erstreben: es opfert dem Haß gegen Deutschland seine weltpolitische Bewegungsfreiheit. Die tönenden Worte der französischen Staatsmänner und Schriftsteller über die „Erfolge“ ihrer Politik nimmt man gelassen lächelnd als Notwendigkeiten des französischen Gemütsbedürfnisses hin. Man denke sich die französische Diplomatie aus der Politik nach 1870 weg, die Grundzüge unseres europäischen Staatensystems würden in ihrem Wesen überraschend wenig davon berührt. Aber Frankreich ist ein freiwilliger Vasall. Nach einer Niederwerfung des Deutschen Reiches jedoch würde es zur Abhängigkeit von Rußland gezwungen. Jedem Staatesgebilde wird durch seine Entstehung und Geschichte ein bestimmter Weg vorgeschrieben, dem russischen Staat der Weg endloser, sinnloser Eroberung. Denn er ist ja nicht der Staatskörper eines bestimmten Volkes, auch nicht die Verkörperung einer Idee, sondern lediglich eine Machtanhäufung des Zarentums. Welchen einen anderen Sinn hat die russische Politik durch die Jahrhunderte hindurch als allein den der Eroberung? Man hat ihr teils einen religiösen Sinn, die Ausbreitung der orthodoxen Kirche, teils einen völkischen, den Panlawismus, unterlegen wollen — beides ohne zureichenden Grund. Das auf die Gewalt Herrschaft gestellte russische Reich drängt wie einst andere asiatische Staatesgebilde, gezwungen durch seine natürliche Art, zu fortgesetzter, zweckloser Ausdehnung. Kauschte dieses Imperium über Deutschland und Skandinavien hinweg, so würde es alsbald an Frankreich stoßen, um endlich zugleich an den Küsten der Nordsee und an den Ufern des Indus auf das britische Weltreich zu stoßen. Damit wäre Großbritannien vor seine Daseinsfrage gestellt. Es stände nun einem Rußland gegenüber, das die gewaltigen Hilfsquellen des westeuropäischen Festlandes für seine Zwecke ausnutzen könnte. Dann könnte sich die Herrschaft über Asien entscheiden. Der napoleonische Versuch, Europa von Westen nach Osten aufzurollen, um England niederzuringen, scheiterte. Die Lawine, die von Osten käme, könnte wohl leichter den Kanal überspringen.

Daraus folgt, daß das Dasein der westeuropäischen Staaten ganz unmittelbar vom Bestand des Deutschen Reiches abhängig ist. Und damit ist das Urteil über jede grundsätzliche Gegnerschaft gegen Deutschland in England und Frankreich gesprochen. Mögen viele Franzosen ihren Nationalhaß liebgewonnen haben, mögen viele Engländer über den wirtschaftlichen Wettbewerb Deutschlands verstimmt sein — eine nicht nur durch den nächsten Augenblick und durch geringwertige Einzelvorteile bestimmte Staatskunst beider Länder darf nicht aus dem Auge verlieren, daß die eigene Stärke von der deutschen Stärke

abhängig ist, daß die westeuropäische Kultur gegen Osten durch die Bajonette und Kanonen des preußischen Heeres geschützt wird.

So gesehen wird die Unnatürlichkeit der heutigen Mächtegruppierung verständlich, von hier aus erklärt sich auch, warum England, das sich der deutsch-feindlichen Gruppe angeschlossen hat, in seiner praktischen Politik oft gezwungen ist, seine Freunde zu zügeln und sich mit Deutschland zu verständigen.

Und endlich; was hätte Rußland von seiner eigenen Größe zu erwarten? Nichts wahrscheinlicher als den Keim zu seinem endlichen Zerfall. Ein Volk von der Art und Geschichte des deutschen läßt sich nicht „verdauen“. Es reißt seinen Befieger mit in den Abgrund, und wäre es auch nur durch die Ideen, die sein Denken in die zusammengerafften Völker des russischen Staates ausstrahlen würde.

5.

Nachdem sich uns hieraus ergeben hat, daß das Deutsche Reich durch die Lage der Dinge zur Friedfertigkeit gezwungen und daß sein Dasein durch das Dasein der übrigen Staaten erfordert wird, wiederholen wir die Frage, welchen Sinn eine von dem Staat „Deutsches Reich“ betriebene auswärtige Volkspolitik haben kann.

Sie kann, das ist nun ganz deutlich geworden, nicht auf die Eroberung deutsch besiedelter Länder ausgehen. Sie kann auch nicht die Herstellung einer Wirtschaftseinheit als Ziel setzen. Daß das Reich seine Wirtschaftspolitik treibt, ist selbstverständlich, daß es dabei Anknüpfung und Hilfe bei den Auslandsdeutschen sucht, gleichfalls. Aber deren Wirtschaftsinteressen sind doch letzten Endes immer an die desjenigen Staates gebunden, der ihnen eine neue Heimat gab. Deutsche Volkspolitik kann nur ein geistiges Ziel haben. Mit anderen Worten: sie muß Kulturpolitik sein.

Und gerade dieser Zweck ist es, den unsere politische öffentliche Meinung noch am wenigsten erfaßt hat. Es gilt, darauf hinzuarbeiten, ein gemeindeutsches Bewußtsein aller über die Welt verstreuten Deutschen zu erwecken. Dieses Bewußtsein wendet sich aber weder politisch noch wirtschaftlich gegen irgend einen Staat. Man kann treuer Bürger eines jeden Staates sein und sich doch der besonderen deutschen Geschichte und der eigentümlichen deutschen Kultur unablässig verbunden wissen. Deutsche Sprache, Heimatfitt, Kunst, Wissenschaft soll überall sein, wo Deutsche wohnen, und diese können doch außer der „alten Heimat“ als dem Mutterland dieser Kultur auch dem zur „neuen Heimat“ gewordenen Staat mit jedem Blutstropfen treu sein.

Dem Deutschen Reich aber erwächst aus dieser Anschauung eine praktische Pflicht: eine solche Kulturpolitik auch wirklich zu betreiben. Das hieße für die Gebiete der äußeren Politik: es hätte überall in der Welt für die Erhaltung und das Gedeihen dieser volksdeutschen Kultur einzutreten. Wo ein solches Kulturleben bedroht ist (Böhmen), hätte es seine Macht geltend zu machen. Es sei wieder-

holt: nicht um zu erobern oder wirtschaftliche Vorteile zu erringen, sondern um den Volksgenossen zu ermöglichen, nach deutscher Sitte und Art zu leben — nichts mehr, aber auch nichts weniger. Eine solche Politik darf dann freilich nicht vor dem Begriff der „Einmischung in fremde Staatsangelegenheiten“ zurückschrecken. Das Deutsche Reich, das nicht nur Reichs-, sondern Volkspolitik treibt, also Kulturpolitik für das ganze deutsche Volk, darf nicht tatenlos zuschauen, wenn etwa in Österreich die Regierung deutsches Volkstum niederhalten und verdrängen hilft, sondern es muß in der Aufrechnung des gegenseitigen Verhältnisses gerade diesen Posten geltend machen: Erhaltung des Deutschtums.

Bestimmend ist der Begriff des Volkstums als politischer Begriff bisher lediglich auf dem Balkan geworden. Die Großmächte kennen in der Politik nur den Begriff der Staatsangehörigkeit. Aber außer dem Grund der geschichtlichen Gewohnheit gibt es keinen Grund, der verhindern könnte, Volkstumsinteressen ebenso wie wirtschaftliche Interessen in den politischen Verhandlungen geltend zu machen. Ob man sie freilich einmal als politische anerkennen wird, kann nur die Zukunft lehren. Die österreichischen Verhältnisse werden wahrscheinlich den Anstoß zu einer Entscheidung geben.

Die Grundlage einer Kulturpolitik kann nur die der Völkerfreiheit sein. Die Völker erscheinen als Einzelwesen, die, kulturell unbeengt von dem Netz der Staatenbildung, je nach den innewohnenden Kräften und Fähigkeiten frei ihre besondere Kultur entwickeln können. Das ist die Forderung Fichtes für sein eigenes Volk wie für alle Völker. Darin, daß das deutsche Volk sich zum Träger dieser Idee mache, sah er dessen weltgeschichtlichen Beruf im Kampf gegen Napoleon. Und für einen „Völkerfrühling“, nicht nur für die Befreiung ihrer einzelnen Staaten allein zogen vor hundert Jahren die Deutschen in den Freiheitskrieg.

